

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Wirtschaftspolitik</b>
Schlagworte	<b>Arbeitslosigkeit, Arbeitnehmerschutz</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernhard, Laurent  
Hirter, Hans  
Schär, Suzanne  
Zumbach, David  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Bernhard, Laurent; Hirter, Hans; Schär, Suzanne; Zumbach, David; Zumofen, Guillaume  
2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Wirtschaftspolitik, Arbeitslosigkeit,  
Arbeitnehmerschutz, 1990 – 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für  
Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am  
24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Wirtschaft</b>	1
Wirtschaftspolitik	1
Konjunkturlage- und politik	1
Strukturpolitik	16

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EJPD</b>	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
<b>SECO</b>	Staatssekretariat für Wirtschaft
<b>RK-SR</b>	Kommission für Rechtsfragen des Ständerates
<b>BFS</b>	Bundesamt für Statistik
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>RK-NR</b>	Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>SAKE</b>	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>KMU</b>	Kleine und mittlere Unternehmen
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>ILO</b>	Internationale Arbeitsorganisation
<b>BIGA</b>	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
<b>AG</b>	Aktiengesellschaft

---

<b>DFJP</b>	Département fédéral de justice et police
<b>SECO</b>	Secrétariat d'Etat à l'économie
<b>CAJ-CE</b>	Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats
<b>OFS</b>	Office fédéral de la statistique
<b>OCDE</b>	Organisation de coopération et de développement économiques
<b>CAJ-CN</b>	Commission des affaires juridiques du Conseil national
<b>FMI</b>	Fonds monétaire International
<b>UE</b>	Union européenne
<b>ESPA</b>	Enquête suisse sur la population active
<b>PIB</b>	Produit intérieur brut
<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>PME</b>	petites et moyennes entreprises
<b>CE</b>	Communauté européenne
<b>OIT</b>	Organisation internationale du travail
<b>OFIAMT</b>	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
<b>SA</b>	Société anonyme

# Allgemeine Chronik

## Wirtschaft

### Wirtschaftspolitik

#### Wirtschaftspolitik

**ANDERES**  
DATUM: 03.10.1995  
HANS HIRTER

Die auf einem für die Schweiz ungewohnt hohen Niveau verharrende Arbeitslosigkeit und die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft verstärkten die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb. Immerhin wurden die von der Landesregierung nach der EWR-Abstimmung eingeleiteten Massnahmen zur **"Revitalisierung" der Wirtschaft** zügig weiter verfolgt. In einer Zwischenbilanz stellte das Bundesamt für Konjunkturfragen fest, dass von den insgesamt 44 Vorschlägen, welche die vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe "de Pury" im Jahre 1992 formuliert hatte, rund zwei Drittel realisiert resp. auf dem Weg der Umsetzung seien. Im Berichtsjahr verabschiedete das Parlament das totalrevidierte Kartellgesetz sowie die beiden neuen Gesetze über den Binnenmarkt resp. über die Vermeidung von technischen Handelshemmnissen.<sup>1</sup>

**STUDIEN / STATISTIKEN**  
DATUM: 21.10.1995  
HANS HIRTER

Gemäss einer international vergleichenden Studie über die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** – deren Aussagekraft nicht unumstritten ist – belegt die schweizerische Volkswirtschaft weiterhin einen Spitzenplatz, in Europa ist sie sogar wieder an die erste Stelle gerückt. Eine Untersuchung des BIGA stellte die bisherige Berechnung der **Arbeitsproduktivität** pro Kopf – welche für die Schweiz in den letzten 20 Jahren nur noch einen geringen Zuwachs ausgewiesen hatte – in Frage. Die herkömmliche Berechnung war von der Anzahl Beschäftigter ausgegangen und hatte die gerade in der Schweiz überproportionale Zunahme der Teilzeitarbeit nicht berücksichtigt. Die neue Berechnung, welche sich auf das effektive Arbeitsvolumen stützt, ergab gegenüber der alten Formel eine Verdoppelung der Zuwachsraten.<sup>2</sup>

**STANDESINITIATIVE**  
DATUM: 10.06.1997  
HANS HIRTER

Der Nationalrat lehnte gegen die Stimmen der SP und der GP eine von der lokalen CVP initiierte Standesinitiative des Kantons Genf ab, welche ein Gesetz zur **"Bekämpfung von Betriebsschliessungen und Massenentlassungen"** verlangte. Die im Vorjahr von der Ratslinken als zu marktwirtschaftlich bekämpfte Motion Cavadini (fdp, TI) für Liberalisierungen im Bereich der Steuer- und Bauvorschriften sowie bei der Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften konnte vom Nationalrat nicht mehr innerhalb der vorgesehenen zwei Jahre behandelt werden und wurde deshalb aus der Traktandenliste gestrichen.<sup>3</sup>

### Konjunkturlage- und politik

**STUDIEN / STATISTIKEN**  
DATUM: 31.12.1990  
HANS HIRTER

Die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums wirkte sich auf die **Beschäftigungslage** noch nicht negativ aus. Im Gegenteil, die Zahl der Beschäftigten stieg mit 1,4% sogar noch etwas stärker als in den vergangenen Jahren. Die Wachstumsrate war in der Industrie etwas höher, im Dienstleistungsbereich etwa gleich gross und im Baugewerbe markant tiefer als im Vorjahr. In der verarbeitenden Produktion erzielte wiederum die Uhrenindustrie ein Spitzenwachstum, während sich der Beschäftigungsabbau in der Textil- und Bekleidungsindustrie fortsetzte. Im Dienstleistungssektor verzeichneten für einmal nicht die Banken und Versicherungen die höchsten Zuwachsraten, sondern der Bereich der sozialen Heime, Institutionen und Kirchen. Die Frauen haben, sowohl prozentual wie auch absolut, stärker zum Beschäftigungszuwachs beigetragen als die Männer. Die neu Beschäftigten rekrutierten sich auch 1990 per saldo aus ausländischen Personen, wobei wiederum vor allem die Zahl der Grenzgänger zunahm. Die Zahl der Arbeitslosen blieb im Jahresdurchschnitt mit 18'133 praktisch konstant, wobei allerdings im 4. Quartal eine deutliche Zunahme festzustellen war. Ihr Anteil am Total der Beschäftigten machte im Jahresmittel 0,7% und im Dezember 0,8% aus.<sup>4</sup>

**INTERPELLATION / ANFRAGE**  
DATUM: 03.10.1991  
HANS HIRTER

Nachdem Ende August die Zahl der Arbeitslosen auf 40 000 und diejenige der Kurzarbeitenden auf 20 000 angestiegen war, reichten die Fraktionen der SP und der FDP sowie CVP-Nationalrat Widrig (SG) **dringliche Interpellationen zur Wirtschaftspolitik** ein. Diese boten dem Nationalrat anfangs Oktober Gelegenheit, die sich rapide verschlechternde Wirtschafts- und Beschäftigungslage zu diskutieren. Alle Parteien waren sich einig, dass der Zeitpunkt für ein konjunkturpolitisches Ankurbelungsprogramm noch nicht gekommen sei; immerhin verlangten die Sozialdemokraten diesbezügliche Vorbereitungen. Während die SP neben verstärkten Bemühungen auf dem Ausbildungssektor auch eine Lockerung der Geldpolitik anregte, betonten sowohl der freisinnige Fraktionssprecher Schüle (SH) als auch Widrig für die CVP und Fischer(AG) für die SVP die Bedeutung von Massnahmen zur Belebung des Wettbewerbs und forderten zudem den Staat zum Masshalten sowohl bei den Ausgaben als auch bei der Produktion von gesetzlichen Vorschriften auf. Konkret kritisierte die FDP namentlich die relativ schlechter gewordenen Rahmenbedingungen für den Finanzplatz. Vertreter der CVP und der SVP prangerten insbesondere die zeitraubenden Baubewilligungsverfahren an, welche verantwortlich seien, dass investitionswillige Unternehmen ins Ausland abwandern würden.

Der Bundesrat verteidigte seinen bisherigen Kurs, der darin besteht, trotz des wirtschaftlichen Einbruchs weiterhin der Teuerungsbekämpfung das Primat einzuräumen. Eine Lockerung der Geldpolitik lehnte er deshalb als kontraproduktiv ab. Gestützt auf die Annahme, dass sich die Konjunktur im Jahre 1992 wieder erholen werde, lehnte er auch spezielle Beschäftigungsprogramme, die in der Debatte allerdings auch von niemandem gefordert worden waren, ab. Er verwies zudem auf die positiven Wirkungen der vom Bund bereits beschlossenen Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und die auf Anfang 1992 in Kraft tretenden Verbesserungen bei der Arbeitslosenversicherung, welche es den Unternehmen erleichtern werde, konjunkturelle Schwächen mit Kurzarbeit statt mit Entlassungen zu überbrücken. Überdies kündigte er eine Freigabe der Arbeitsbeschaffungsreserven an.<sup>5</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 04.10.1991  
HANS HIRTER

Einen Tag nach dieser Debatte überwies der Nationalrat diskussionslos ein Postulat Leuenberger (sp, SO), welches den Bundesrat aufforderte, für den Fall einer Rezession **Beschäftigungsprogramme vorzubereiten**. Diese sollten den Hauptakzent nicht auf die traditionellen Aufträge in den Bereichen Strassenbau und militärische Ausrüstung legen, sondern – neben der Förderung der beruflichen Umschulung und Weiterbildung – beschäftigungswirksame Massnahmen in den Gebieten Energiesparen und öffentlicher Verkehr enthalten. Der einzige Ruf im Parlament nach dem sofortigen Einsatz eines staatlichen Investitionsprogramms kam von einem Vertreter der Zürcher SVP. Bundesrat Delamuraz lehnte jedoch in der Debatte das in der Fragestunde vorgetragene Begehren des neu in den Nationalrat gewählten Präsidenten des kantonalen Gewerbeverbandes Neuenchwander ab.<sup>6</sup>

**VERWALTUNGSAKT**  
DATUM: 01.12.1991  
HANS HIRTER

Auf den 1. Dezember gab der Bundesrat die freiwillig gebildeten **steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven der Unternehmen** frei. Damit wurden rund 700 Unternehmen ermächtigt, blockierte Mittel im Betrag von rund 400 Mio Fr. für Investitionen einzusetzen. In den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen (v.a. französische Schweiz und Tessin) verlängerte er die Anspruchsberechtigung für den Bezug von Arbeitslosengeldern.<sup>7</sup>

**INTERPELLATION / ANFRAGE**  
DATUM: 19.03.1992  
HANS HIRTER

Die sich weiter verschlechternde Wirtschaftslage und vor allem der damit verbundene steile Anstieg der Arbeitslosenzahl führten bei den Gewerkschaften und der SP, welche noch im Vorjahr traditionellen staatlichen Konjunkturförderungsprogrammen wenig abgewinnen konnten, zu einer Kehrtwendung. Die **Gewerkschaften forderten bereits zu Jahresbeginn vom Bund Investitionsprogramme** zur Belebung der Bauwirtschaft. Im Nationalrat reichten die Fraktionen der SP, der CVP und der GP Dringliche Interpellationen zur Wirtschaftslage ein, bei deren Beantwortung sich in der Märzsession eine konjunkturpolitische Debatte entwickelte. Die SP sah zwar den Zeitpunkt für ein umfassendes Konjunkturförderungsprogramm noch nicht gekommen, sie regte jedoch eine zusätzliche staatliche Förderung des Wohnungsbaus in den besonders stark betroffenen Regionen der West- und Südschweiz an und forderte zudem den Bundesrat auf, sich bei der Nationalbank für eine Lockerung der Geldpolitik einzusetzen. Die CVP sprach sich ebenfalls für eine Stützung des Baugewerbes durch Wohnbauprogramme, aber auch durch eine Beschleunigung des Nationalstrassen- und Eisenbahnbaus aus. Gerade letztere Forderung rief die Grünen auf den Plan, die sich

gegen Beschäftigungsprogramme für den Tiefbau wandten und verlangten, dass staatliche Förderungsmassnahmen auf jeden Fall ökologischen Kriterien genügen müssten.

In seiner ausführlichen Antwort wies Bundesrat Delamuraz darauf hin, dass kurzfristig eigentlich nur eine Verbesserung der Arbeitslosenversicherung sinnvoll sei. Eine expansivere Geldmengenpolitik lehnte er wegen den daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Teuerungsbekämpfung ab. Skeptisch zeigte er sich auch gegenüber zusätzlichen – über die 1991 beschlossene Aufstockung der Mittel für die Wohnbau- und Eigentumsförderung hinausgehende – Stimulierungsmassnahmen für das Baugewerbe, dessen Kapazitäten seiner Ansicht nach in der vergangenen Hochkonjunkturphase zu stark ausgeweitet worden waren. Grundsätzlich hielt Delamuraz fest, dass für die schweizerische Wirtschaft keine staatlichen Stützungsprogramme nötig seien, sondern die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Standorts Schweiz. Dazu gehörten insbesondere ein zukunftsgerichtetes Berufsbildungssystem, der Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen, eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine Reduktion von staatlichen Regelungen namentlich im Bauwesen. Daneben kündigte er eine Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, insbesondere durch eine Verlängerung der Bezugsberechtigung, an. Diese Antwort des Bundesrats vermochte die meisten Parteien zu befriedigen. Die Vertreter der FDP, der SVP, der Liberalen und insbesondere der AP nutzten die Gelegenheit, um auf ihre Forderung nach einem Abbau staatlicher Reglementierung im Planungs-, Bau- und Mietwesen aufmerksam zu machen und den Interpellanten, also der CVP, der SP und den Grünen, die Schuld an diesen "wirtschaftsfeindlichen" Vorschriften anzulasten.<sup>8</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1992  
HANS HIRTER

In den Industriestaaten dauerte die **konjunkturelle Schwäche** an. Dank der wirtschaftlichen Belebung in den USA stieg zwar das Wirtschaftswachstum insgesamt etwas stärker an als im Vorjahr, aber in den meisten europäischen Ländern setzte sich die Krise fort und in Deutschland und Japan, welche im Vorjahr noch als Konjunkturlokomotiven gewirkt hatten, schwächte sich das Wachstum markant ab. Dieser wirtschaftliche Einbruch, aber auch die weiterhin in den meisten Staaten praktizierte restriktive Geldpolitik wirkte sich positiv auf die Teuerungsbekämpfung aus: Die durchschnittliche Inflationsrate bildete sich in der OECD von 4,5% auf 3,5% zurück. Hingegen verschlechterte sich die Beschäftigungslage: Die mittlere Arbeitslosenquote stieg für die OECD-Staaten von 7,2% auf 7,9%, für die EG-Staaten gar auf 10% an. Ausserhalb des OECD-Raums expandierten die Wirtschaften der südostasiatischen Schwellenländer weiterhin kräftig, und auch die lateinamerikanischen Staaten konnten ihre wirtschaftlichen Wachstumsraten steigern. In Osteuropa hielt der Produktionsrückgang, wenn auch in abgeschwächter Form, weiterhin an, wobei sich die Situation in Ungarn, Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei etwas freundlicher präsentierte als in Südosteuropa und vor allem in der ehemaligen Sowjetunion. In Afrika gab die wirtschaftliche Lage weiterhin zu wenig Hoffnung Anlass; das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich und blieb erneut hinter der Bevölkerungszunahme zurück.<sup>9</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1992  
HANS HIRTER

Die schweizerische Konjunkturlage unterschied sich wenig von derjenigen der anderen europäischen Staaten. Das **reale Bruttoinlandprodukt**, welches im Vorjahr stagniert hatte, bildete sich nun sogar leicht zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm weiterhin massiv zu, hingegen konnte die Inflationsrate abgebaut werden. Der abgeschwächte Konsum der Privaten (-0,3%) und ein starker Rückgang der Investitionen (-6,7%) wurden durch die Steigerung der Exporte (+4,3%) und den Zuwachs bei den staatlichen Ausgaben (+2,5%) nur teilweise kompensiert, was zu einem leichten Schrumpfen des Bruttoinlandprodukts um 0,6% führte. Der konjunkturell bedingte Rückgang der Importe (-4,3%) bei einer gleichzeitigen Zunahme der Exporte liess das Defizit aus dem Warenverkehr beinahe verschwinden. Zusammen mit dem leicht gestiegenen traditionellen Überschuss aus der Dienstleistungsbilanz resultierte daraus ein Anstieg des Aktivsaldos der Ertragsbilanz auf eine neue Rekordhöhe von 21,9 Mia Fr. oder 6,2% des Bruttosozialprodukts.<sup>10</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1992  
HANS HIRTER

Der **Arbeitsmarkt** reagierte auf die schwache Konjunktur weiterhin heftig. Die Zahl der Beschäftigten ging in allen vier Quartalen gegenüber dem Vorjahresstand zurück; im Jahresmittel waren es 2,6% weniger als im Vorjahr. Im 2. Sektor akzentuierte sich der Stellenabbau gegenüber dem Vorjahr noch (-4,6%), aber auch der Dienstleistungssektor kam 1992 nicht ungeschoren davon (-1,4%). Die Frauen waren vom **Beschäftigungsrückgang** etwas stärker betroffen als die Männer (-2,8% resp. -2,5%). Innerhalb des 2. Sektors war der Schrumpfungprozess in der Maschinenindustrie am ausgeprägtesten (-6,9%); in der Bauindustrie nahm die Beschäftigung um weitere 3,7% ab. Mit Ausnahme von Uri, Nidwalden und Glarus war die Beschäftigung in allen Kantonen rückläufig. Wie bereits im letzten Jahr fiel aber der Stellenabbau in der französischsprachigen Schweiz (v.a. Neuenburg und Waadt) stärker aus als im Rest des Landes. Die Zahl der beschäftigten Ausländer mit Niederlassungs- oder Jahresaufenthaltsbewilligung stieg weiterhin an. Da jedoch weniger Grenzgänger Arbeit fanden, nahm insgesamt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nur noch geringfügig zu (+0,5%). Die Arbeitslosenzahl hat sich innert Jahresfrist mehr als verdoppelt und erreichte im Dezember 129 643, was einer Quote von 3,7% entspricht. Im Jahresmittel betrug diese Quote 2,6% (1991: 1,1%).<sup>11</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 13.11.1993  
HANS HIRTER

Obwohl sich im Herbst 1992 die von Bundesrat Delamuraz zu Konsultationen eingeladenen Vertreter der **Gemeinden** noch skeptisch in bezug auf den Erfolg eines Investitionsbonus gezeigt hatten, **machten** sie nun von dieser ausserordentlichen Subvention für vorgezogene Bauprojekte **regen Gebrauch**. Besonders gross war die Zufriedenheit in der Westschweiz, da der Bundesrat bei der Zuteilung der zur Verfügung stehenden Summe nicht bloss die Grösse eines Kantons, sondern auch seine Arbeitslosenrate berücksichtigt hatte. Die SP wie auch die Gewerkschaft Bau und Industrie forderten eine Aufstockung um weitere 200 Mio Fr., was aber von den bürgerlichen Regierungsparteien abgelehnt wurde.<sup>12</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1993  
HANS HIRTER

Die schwache Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und das Festhalten der meisten Staaten an einer restriktiven Geldpolitik hatten eine weitere **Abnahme der Teuerungsraten** zur Folge. Der Inflationsindex der Konsumentenpreise reduzierte sich in den OECD-Ländern (ohne Türkei) im Durchschnitt von 3,2% auf 2,8%. Während sich in den USA die Beschäftigungslage verbesserte, **stieg die Arbeitslosigkeit** in den meisten Ländern Europas weiter an. Die Arbeitslosenquote nahm in der EU im Mittel von 10,3% auf 11,3% zu.

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1993  
HANS HIRTER

**Wie bereits im Vorjahr schlug die schlechte Konjunktur voll auf den Arbeitsmarkt** durch. Die Zahl der Beschäftigten ging in allen vier Quartalen gegenüber dem Vorjahresstand zurück; allerdings fiel die Schrumpfungsrate von Quartal zu Quartal geringer aus. Im Jahresmittel betrug der Arbeitsplatzabbau gegenüber dem Vorjahr 2,6% (1992: 2,2%). Dieser Prozess spielte sich in allen drei Wirtschaftssektoren ab, am markantesten freilich weiterhin im 2. Sektor mit -4,5%. Frauen und Männer waren vom Beschäftigungsrückgang etwa gleich stark betroffen (-2,7% resp. -2,6%); in absoluten Zahlen gingen allerdings bedeutend mehr Männer- als Frauenstellen verloren (56 000 resp. 35 500). Mit Ausnahme von Uri, Nidwalden und Schaffhausen war die Beschäftigung in allen Kantonen rückläufig. Dabei war die französischsprachige Schweiz mit Ausnahme der Waadt weiterhin überdurchschnittlich stark betroffen. Eine Trendwende ergab sich bei der Verteilung zwischen Schweizern und Ausländern, indem die Zahl der beschäftigten Ausländer stärker abnahm als diejenige der Schweizer (-4,4% resp. -2,0%); diese Entwicklung ging vor allem zu Lasten der Grenzgänger. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat weiter stark zugenommen und erreichte im Dezember 184 388 (Dez. 1992: 129 643). Dies entsprach einem Anteil von 5,1 % an den Beschäftigten; im Jahresmittel betrug die Quote 4,5% (1992: 2,5%).<sup>13</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1994  
HANS HIRTER

Der **wirtschaftliche Aufschwung wirkte sich noch nicht voll auf den Arbeitsmarkt** aus. Die Zahl der Beschäftigten sank um weitere 1,7%, wobei der Abbau im 2. Sektor weiterhin markanter ausfiel als im Dienstleistungssektor (-2,4% resp. -1,4%); in der Baubranche nahm die Beschäftigtenzahl nur noch um 0,4% ab. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg erst in den Kantonen Aargau, Basel-Land, Nidwalden und Appenzell-Innerrhoden wieder an. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ging etwas stärker zurück als diejenige der Männer (-2,0% resp. -1,6%). Im Gegensatz zum Vorjahr



waren die Ausländer vom Beschäftigungsabbau weniger betroffen als die Schweizer (-0,8% resp. -2,1%). Die Zahl der beim BIGA gemeldeten Arbeitslosen hatte im November des Vorjahres mit 181 400 ihren Höchststand erreicht. Sie sank im Verlaufe des Berichtsjahres stetig bis auf 161 000 im Dezember. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich damit von 5,0% im Januar auf 4,4% zu Jahresende; im Jahresmittel lag sie bei 4,7%. Wie bei der Beschäftigungsentwicklung waren auch bei den Arbeitslosenzahlen grosse regionale Unterschiede auszumachen. Überdurchschnittlich hoch blieb die Quote weiterhin in der französischen Schweiz und im Tessin. Gemäss der von der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) verwendeten Definition lag die Erwerbslosenquote um einiges tiefer, nämlich bei 3,8% im 2. Quartal 1994.<sup>14</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1995  
HANS HIRTER

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** blieb angespannt. Die Zahl der beschäftigten Personen ging um 0,7% zurück (nur Personen mit mindestens 50% Beschäftigungsgrad). Wie bereits im Vorjahr betraf der Stellenabbau ausschliesslich Vollzeitstellen; die Zahl der teilzeitbeschäftigten Personen nahm kräftig zu. Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), welche auch Anstellungen von weniger als 50% erfasst, erhöhte sich die Gesamtzahl der Beschäftigten geringfügig. Der Beschäftigungsabbau im Industriesektor fiel mit -1,2% deutlich geringer aus als in den vorangegangenen Jahren. Der Dienstleistungsbereich verzeichnete einen Abbau um 0,5%, überdurchschnittlich war er im Handel und im Gastgewerbe, aber auch die Banken und die Versicherungen bauten Stellen ab. Im Baugewerbe verstärkte sich der Beschäftigungsrückgang wieder (-2%). Die Zahl der registrierten **Arbeitslosen** nahm bis im Juni stetig ab und verharrte dann auf diesem Niveau, um gegen Jahresende wieder anzusteigen. Im Dezember meldete das BIGA 157 115 Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich im Jahresmittel gegenüber dem Vorjahr von 4,7% auf 4,2%. Weiterhin waren die französischsprachige Schweiz und das Tessin wesentlich stärker betroffen als die Deutschschweiz. Ein Grund dafür dürfte auch im höheren Anteil an ausländischen Arbeitskräften in diesen Landesteilen liegen. Gesamtschweizerisch machte deren Anteil an den Arbeitslosen 42% - bei einem Anteil von 28% an den Erwerbstätigen - aus. Die für internationale Vergleiche konzipierte SAKE des Bundesamtes für Statistik wies im 2. Quartal 1995 eine Arbeitslosenquote von 3,3% aus (1994: 3,8%); die regionalen Quoten betragen 5,5% für die Westschweiz und das Tessin, 2,5% für die Deutschschweiz.<sup>15</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1997  
HANS HIRTER

Die **Teuerung** blieb im OECD-Raum weiterhin niedrig. Namentlich in den USA, in Frankreich, in Italien und in vielen kleineren Industriestaaten bildete sich die Inflationsrate zurück. In den EU-Staaten reduzierte sich die Teuerungsrate von 2,5% auf 2,0%. Trotz verstärktem Wirtschaftswachstum nahm die **Arbeitslosigkeit** nicht überall ab. In Deutschland wuchs sie sogar weiter an, in Frankreich und Italien verharrte sie auf ihrem hohen Vorjahresstand. Rückläufig war sie hingegen weiterhin in den USA und in Grossbritannien, und erstmals auch wieder in vielen kleinen Industriestaaten Europas. In der EU stagnierte die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 11,1%.<sup>16</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1997  
HANS HIRTER

Die **Arbeitsmarktsituation** hat sich 1997 nicht gebessert. Damit bestätigte sich die bereits nach früheren Rezessionsphasen gemachte Erfahrung, dass sich ein Konjunkturaufschwung erst mit einiger Verzögerung auf die Beschäftigung auswirkt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahresmittel um 0,2% ab. Im Industriesektor (inkl. Baugewerbe) setzte sich der Abbau fort (-4,5%), während die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich um 1,3% zunahm. Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ergab sich vor allem bei den Beschäftigten mit Anstellungen zwischen 50% und 89% ein Anstieg (5,6%); die Zahl der Vollzeitbeschäftigten bildete sich hingegen um 1,6% zurück. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm bis Februar noch zu (206 291) und bildet sich dann bis Jahresende auf 180 549 zurück (nicht saisonbereinigte Werte). Ein guter Teil dieses Rückgangs war allerdings auf erstmals angebotene staatliche Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogramme zurückzuführen; deren Teilnehmer sind während der Programmdauer nicht in der Arbeitslosenstatistik enthalten. Die **Arbeitslosenquote** stieg im Jahresmittel auf 5,2%, im Dezember betrug sie noch 5,0%. Die Quote lag in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin mit 7,0% immer noch deutlich über derjenigen der Deutschschweiz (4,5%). Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen erhöhte sich weiter und betrug im Jahresmittel 47%. Die für internationale Vergleiche konzipierte SAKE des Bundesamtes für Statistik wies im 2. Quartal 1997 eine Arbeitslosenquote von 4,1% aus (1996: 3,7%).<sup>17</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2000  
HANS HIRTER

Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg weiter an. Die **Zahl der Beschäftigten** nahm um 2,2% zu und übertraf damit die Wachstumsrate des Vorjahres (1,6%) deutlich. Obwohl die Expansion im Dienstleistungsbereich (+2,6%) am stärksten war, nahm erstmals seit zehn Jahren auch die Beschäftigung im Industriesektor wieder zu (+1%). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen konnte weiter abgebaut werden: sie betrug im Dezember noch 69'724. Die **Arbeitslosenquote ging im Jahresmittel auf 2,0% zurück** (1999: 2,7%); im Dezember betrug sie noch 1,9% (Dezember 1999: 2,5%). In der französischsprachigen Schweiz und im Tessin war sie mit 3,0% allerdings doppelt so hoch wie in der Deutschschweiz (1,5%). In dieser Zahl sind die in Weiterbildungs- und Arbeitsprogrammen integrierten Arbeitslosen nicht enthalten. Die für internationale Vergleiche konzipierte Sake-Erhebung, welche diese Personen auch berücksichtigt, wies für das 2. Quartal 2000 eine Arbeitslosenquote von 2,7% aus.<sup>18</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 03.01.2000  
HANS HIRTER

Das **starke Wachstum der Weltwirtschaft** hielt an. Als Konjunkturlokomotive wirkten weiterhin die USA. Da sich auch in den europäischen Staaten das Wachstum wieder beschleunigte, nahm im Bereich der OECD das reale Bruttoinlandprodukt im Mittel um 4% zu (1999: 3%); damit wurde der langfristige Durchschnitt von 2,6% deutlich übertroffen. Kaum aus der Stagnation lösen konnte sich allerdings Japan. Wieder auf dem Wachstumspfad befanden sich hingegen die meisten südostasiatischen Schwellenländer. Nach dem Einbruch im Vorjahr entwickelten sich die Mehrzahl der Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten inkl. Russlands wieder positiv. Mit Ausnahme Argentiniens traf dies auch für die lateinamerikanischen Länder zu.

Die Teuerung verdoppelte sich in den OECD-Staaten beinahe; sie blieb aber mit durchschnittlich 2,8% auf einem im Vergleich zu früheren Hochkonjunkturphasen niedrigen Niveau. Die **Beschäftigung** nahm, ausser in Japan, weiterhin zu. Namentlich in der EU wirkte sich dies auch auf die Arbeitslosenquote aus, die auf 8,2% sank; in Frankreich und Deutschland unterschritt sie zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder die 10%-Marke.<sup>19</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2001  
HANS HIRTER

Das weltwirtschaftliche **Wachstum schwächte sich im Berichtsjahr stark ab**. Das sich bereits seit dem Sommer 2000 abzeichnende Erlahmen der Konjunktur in den USA, welche in den vorangegangenen Jahren als Wachstumslokomotive gegolten hatte, wirkte sich auf den Rest der Weltwirtschaft aus. Zusätzlich zur schlechten Börsenstimmung als Folge der Krise im Technologiesektor gingen auch von der 2000 eingeleiteten restriktiveren Geldpolitik der Notenbanken dämpfende Effekte aus. Nach den Terroranschlägen vom 11. September kam es zudem zu einem massiven Einbruch im Flugverkehr und im Tourismusgeschäft. In den USA nahm das reale Bruttoinlandprodukt lediglich noch um 1,2% (2000: 4,1%) zu. Ähnlich schwach verlief die Entwicklung im Euro-Raum (1,2%), wobei der Einbruch vor allem in Deutschland (0,6%) ausgeprägt war, während in Frankreich und Italien das reale Wachstum rund 2% erreichte. Grosse Probleme kannte weiterhin Japan, wo das reale BIP sich sogar um 0,5% zurückbildete.

Die Teuerung ging in der zweiten Jahreshälfte nach dem Sinken des Erdölpreises in den meisten OECD-Staaten wieder zurück. In den USA belief sich die Inflationsrate der Konsumentenpreise zu Jahresende noch auf 1,6%, im Euro-Raum auf 2,1%. Der Konjunktureenbruch wirkte sich sofort auf die **Beschäftigung** aus. Die Arbeitslosenquote stieg in den USA und in Japan (hier zum ersten Mal seit den frühen fünfziger Jahren) auf über 5%. Im Euro-Raum nahm sie in der zweiten Jahreshälfte zwar ebenfalls zu, blieb aber im Jahresmittel mit 8,5% noch unter dem Vorjahreswert.<sup>20</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2001  
HANS HIRTER

Parallel zur weltwirtschaftlichen Entwicklung verlor auch die **schweizerische Konjunktur** im Berichtsjahr an Elan. Das reale Bruttoinlandprodukt nahm gemäss ersten Schätzungen im Jahresmittel nur noch um 1,3% zu (2000: 3,0%). Der private Konsum hielt sich zwar mit einem Zuwachs von 2,3% (2000: 2%) gut, die Exporte von Gütern und Dienstleistungen erreichten hingegen mit einer Steigerung um 1,0% die Expansionsrate des Vorjahres (10%) bei weitem nicht mehr. Die in den letzten Jahren sehr stark angewachsenen Ausrüstungsinvestitionen nahmen im Berichtsjahr sogar ab (-3,4%); die Bauinvestitionen verzeichneten demgegenüber einen Zuwachs (1,3%). Die **Handelsbilanz** schloss mit einem Überschuss von 1,7 Mia Fr. ab. Der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz erreichte nach ersten Schätzungen 22,0 Mia Fr. Da die Kapitaleinkommen aus dem Ausland infolge schlechter Erträge stark rückläufig waren,

bildete sich der Überschuss in der **Ertragsbilanz** gemäss ersten Schätzungen auf 42 Mia Fr. zurück (2000: 52 Mia Fr.).

Die gedämpfte Konjunktorentwicklung reduzierte die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften. Die **Zahl der Beschäftigten** nahm nur noch um 1,1% zu und erreichte damit bloss die Hälfte der Wachstumsrate des Vorjahres (2,2%). Die Verlangsamung machte sich vor allem im Dienstleistungsbereich (+1,3%) bemerkbar, während die Lage im Industriesektor (+1%) weitgehend stabil blieb. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen bildete sich in der ersten Jahreshälfte weiterhin zurück, nahm dann aber wieder zu, um im Dezember den Höchststand von 79'500 zu erreichen (Ende 2000: 69'724). Trotz dieser negativen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte **ging die Arbeitslosenquote im Jahresmittel auf 1,9% zurück** (2000: 2,0%); im Dezember betrug sie freilich wieder 2,2% (Dezember 2000: 1,9%). In der französischsprachigen Schweiz und im Tessin war sie weiterhin fast doppelt so hoch wie in der Deutschschweiz (1,5%), und bei den ausländischen Beschäftigten war sie nahezu dreimal so hoch als bei den schweizerischen. In dieser Zahl sind die in Weiterbildungs- und Arbeitsprogrammen integrierten Arbeitslosen nicht enthalten. Die für internationale Vergleiche konzipierte Sake-Erhebung, welche diese Personen auch berücksichtigt, wies für das 2. Quartal 2001 eine Arbeitslosenquote von 2,5% aus.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung nahm** 2001 im Jahresmittel nur noch **um 1,0% zu** (2000: 1,6%). Im Gegensatz zum Vorjahr haben im Berichtsjahr vor allem die inländischen Waren und Dienstleistungen zur Inflation beigetragen (+1,7%), die Importgüter verbilligten sich hingegen um 1,2%, namentlich infolge des Preiseinbruchs bei den Erdölprodukten.<sup>21</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2002  
HANS HIRTER

Die nach dem weltweiten Konjunkturunbruch des Vorjahres erhoffte Wiederbelebung trat nicht ein. Nachdem bis zu den Sommermonaten noch einige positive Anzeichen ausgemacht werden konnten, **verlor die Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte wieder an Schwung**. Beigetragen haben dazu die aufgedeckten Unregelmässigkeiten in der Rechnungsführung grosser Unternehmen und die dadurch ausgelösten massiven Kurseinbrüche an der Börse. Daneben führte die Verschlechterung der weltpolitischen Lage mit der sich abzeichnenden Intervention der USA im Irak einerseits zu einer Verunsicherung der Investoren und der Konsumenten und andererseits zu einer massiven Verteuerung der Erdölpreise.

Nicht alle Regionen waren in gleicher Masse von dieser flauen Konjunktorentwicklung betroffen. So lagen die Wachstumsraten der **USA** und – nach dem massiven Einbruch im Vorjahr – auch der meisten Industrie- und Schwellenstaaten Asiens (mit Ausnahme Japans) über dem weltweiten Durchschnitt; die Mehrzahl der **europäischen Volkswirtschaften** erreichten hingegen nicht einmal die schwachen Zuwachsraten des Vorjahres. Das reale Bruttoinlandprodukt stieg in den USA um 2,3%, in Grossbritannien um 1,5% und im Euro-Raum um 0,8% an; besonders schwach fiel das Wachstum in Deutschland und in Italien mit 0,4% resp. 0,3% aus. Eine ähnlich bescheidene Zunahme verzeichnete Japan mit 0,3%. In Lateinamerika verschärfte sich die Wirtschaftskrise in Argentinien, während die Entwicklung in den anderen Staaten uneinheitlich verlief.

Die **Teuerung** auf Konsumentenstufe bildete sich in den meisten Industriestaaten zurück: massiv in den USA (von 2,8% auf 1,6%) hingegen nur schwach im Euro-Raum (von 2,5% auf 2,4%) und in Grossbritannien (von 2,1% auf 2,0). In Japan verzeichnete man zum vierten Mal hintereinander ein rückläufiges Preisniveau. Das Ausbleiben einer wirtschaftlichen Erholung wirkte sich negativ auf die **Beschäftigung** aus. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresmittel sowohl in den USA (auf 5,8%) als auch im Euro-Raum (8,3%), im Vereinigten Königreich (5,2%) und in Japan (5,5%) an.<sup>22</sup>

ANDERES  
DATUM: 01.01.2002  
HANS HIRTER

Die **schweizerische Konjunktur** bewegte sich im Gleichschritt mit derjenigen des Euro-Raumes. Die im ersten Halbjahr gehegte Hoffnung auf einen Wiederaufschwung verflüchtigte sich vom Sommer an. Das **reale Brutto-Inlandprodukt stagnierte** nach ersten Schätzungen mit einer Zuwachsrate von 0,1% beinahe (2001: 0,9%). Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung hatte eine weitere Schrumpfung der Ausrüstungsinvestitionen zur Folge (-10,7%), und die im Vorjahr stark angewachsenen Exporte von Waren und Dienstleistungen nahmen nur noch um 0,4% zu. Die Exportwirtschaft litt stark unter der eingebrochenen Nachfrage aus dem Euro-Raum und dabei insbesondere aus dem wirtschaftlich stagnierenden Deutschland. Noch

stärker als die Ausfuhren gingen allerdings die realen Importe zurück (-2,6%). Als Konjunkturstützen wirkten weiterhin der private und der öffentliche Konsum (+0,9% resp. 1,9%), wobei deren Zuwachsraten deutlich unter dem Vorjahreswert blieben. Die **Handelsbilanz** schloss mit einem geschätzten Überschuss von 4,5 Mia Fr. ab. Gemäss ersten Schätzungen erreichte der Aktivalsaldo der Dienstleistungsbilanz 24,9 Mia Fr. und der Überschuss in der **Ertragsbilanz** stieg auf 49,6 Mia Fr. (2001: 38 Mia Fr.).

Die anhaltende Konjunkturlaute verschärfte die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Der Stellenabbau, welcher im dritten Quartal 2001 eingesetzt hatte, hielt weiter an. Die **Zahl der Beschäftigten** schrumpfte im Jahresmittel um 0,4%. Hart davon betroffen war die verarbeitende Industrie (-2,5%), während der Dienstleistungssektor eine im Vergleich zum Vorjahr zwar kleinere, aber immerhin noch positive Wachstumsrate auswies (0,4%). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg kontinuierlich an, um im Dezember den Höchststand von 129'000 zu erreichen (Ende 2001: 79'500). Die saisonbereinigte **Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresmittel auf 2,8%** (2001: 1,9%); im Dezember betrug sie 3,3% (Dezember 2001: 2,2%). Da vor allem im Kanton Zürich eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit registriert wurde, glichen sich die Unterschiede zwischen den Sprachregionen etwas aus. Die Quoten waren mit 4,6% resp. 4,8% im Dezember in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin aber immer noch deutlich höher als in der Deutschschweiz (3,2%). Bei den ausländischen Erwerbstätigen war sie mehr als doppelt so hoch als bei den schweizerischen. In dieser Zahl sind die in Weiterbildungs- und Arbeitsprogrammen integrierten Arbeitslosen nicht enthalten. Die für internationale Vergleiche konzipierte Sake-Erhebung, welche diese Personen auch berücksichtigt, wies für das 2. Quartal 2002 eine Arbeitslosenquote von 2,9% aus.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung nahm** 2002 im Jahresmittel **um 0,6% zu** und war damit tiefer als im Vorjahr, wo sie 1,0% betragen hatte. Erneut hatten ausschliesslich die Preise der inländischen Waren und Dienstleistungen zur Inflation beigetragen (+1,4%), der Konsumentenpreisindex für Importgüter bildete sich nicht zuletzt wegen des gestiegenen Frankenkurses um weitere 1,7% zurück. Der Index der Produzenten- und Importpreise sank um durchschnittlich 1,2%. Das BfS publizierte im Dezember zum ersten Mal Indexzahlen, welche dem **unterschiedlichen Konsumverhalten einzelner sozialer Gruppen** (Rentner, Alleinerziehende, Familien mit Kindern etc.) Rechnung tragen. Ein derartiger differenzierter Teuerungsindex war im Jahr 2000 vom Parlament mit der Überweisung einer Motion Cottier (cvp, FR) gefordert worden. Obwohl bei der Zusammensetzung des Warenkorbs zwischen den einzelnen sozialen Gruppen durchaus Differenzen bestehen, blieben die Auswirkungen auf die Entwicklung des Teuerungsindex gering.<sup>23</sup>

ANDERES  
DATUM: 01.01.2003  
HANS HIRTER

Nach der Beendigung des Irak-Kriegs **begann sich die Weltwirtschaft im Sommer wieder zu erholen**. Wichtige Impulse gingen dabei von der amerikanischen Wirtschaft und von den Schwellenländern Asiens, insbesondere China aus. Diese Entwicklung wurde durch die weiterhin vorwiegend expansive Geldpolitik der Industrieländer gestützt. In Europa – Ausnahme Grossbritannien – setzte der Konjunkturaufschwung allerdings wesentlich zögerlicher ein. In Deutschland verharrte das reale Bruttoinlandprodukt auf dem Vorjahresstand und in Frankreich fiel das Wachstum sehr bescheiden aus. Höhere Wachstumsraten wiesen hingegen die meisten süd-, mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften aus. Auch in wichtigen Staaten Lateinamerikas (u.a. Brasilien und Argentinien) belebte sich die Konjunktur. Trotz steigender Energiepreise sanken die Inflationsraten auf Konsumentenstufe in den meisten Industrieländern erneut. Etwas höher als im Vorjahr lag die Teuerung in den USA und in Grossbritannien (2,3% resp. 2,8%), leicht tiefer im Euro-Raum (2,1%). Noch kaum Auswirkungen hatte der wirtschaftliche Aufschwung auf die Beschäftigungslage. Im Jahresmittel verzeichneten von den grossen Industriestaaten nur gerade Grossbritannien und Japan (5,0% resp. 5,3%) einen Rückgang der Arbeitslosenquote. In den USA stieg diese auf 6,1%, in der Euro-Zone gar auf 8,8% an.<sup>24</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2003  
HANS HIRTER

Die **Zahl der Beschäftigten**, welche im Vorjahr stagniert hatte, bildete sich im Berichtsjahr um durchschnittlich 0,7% zurück. Stark von Stellenabbau betroffen war die verarbeitende Industrie und dabei vor allem die besonders exportabhängigen Branchen Maschinen- und Uhrenherstellung. Die **Arbeitslosenquote** nahm deutlich zu, wobei sich im zweiten Halbjahr der Anstieg verflachte. Die saisonbereinigte Quote erhöhte sich im Jahresmittel von 2,6% auf 3,7%; am Jahresende betrug sie 3,9% (Dezember 2002: 3,3%), was einer Zahl von 155'500 Personen entsprach. Obwohl die Arbeitslosigkeit in

der Deutschschweiz überdurchschnittlich stark zunahm, lag die Quote im Jahresmittel mit 3,5% immer noch deutlich unter denjenigen der Romandie (4,7%) und des Tessin (4,3%).<sup>25</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2004  
HANS HIRTER

Die **schweizerische Konjunktur** präsentierte sich nach zwei Jahren der Stagnation wieder **in einem günstigeren Licht**. Von den ansteigenden Exporten nach den stark wachsenden Volkswirtschaften der USA und der asiatischen Schwellenländer profitierte auch die Schweiz. Die gesteigerten Exporte führten ebenfalls zu einer Zunahme der Investitionen. Der private Konsum belebte sich zwar zu Jahresbeginn, erlahmte dann aber rasch wieder. Gemäss ersten Schätzungen nahm das reale Bruttoinlandprodukt um 1,7% (2003: -0,4%) zu. Der Aktivsaldo der Ertragsbilanz blieb mit 53,4 Mia Fr. nahezu unverändert hoch (2003: 56,7 Mia Fr.).

Die verbesserte Konjunkturlage vermochte sich noch kaum auf den Arbeitsmarkt auszuwirken. Die **Zahl der Beschäftigten** stieg nur wenig (0,2%) an, wobei dieser Zuwachs ausschliesslich auf das Konto von ausländischen Staatsangehörigen ging (+1,3%). Im Industriesektor bildete sich die Zahl der Beschäftigten weiter zurück (-0,6%), während sie im Dienstleistungssektor erneut zunahm (+0,9%). Die **Arbeitslosenquote** blieb relativ stabil; bis in den Sommer sank sie, dann nahm sie wieder leicht zu. Im saisonbereinigten Jahresmittel erhöhte sie sich von 3,7% auf 3,9%; am Jahresende betrug sie 4,0% (Dezember 2003: 4,1%), was einer Zahl von 158'416 Personen entsprach. In der Deutschschweiz verharrte die Arbeitslosenquote auf 3,4% während sie in der Romandie und im Tessin von 4,5% auf 5% anstieg. Ausländer waren mit einer durchschnittlichen Jahresquote von 7,1% mehr als doppelt so häufig betroffen wie Schweizer (2,9%).

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung** war mit einem Jahresmittel von 0,8% nur unwesentlich höher als in den beiden Vorjahren (0,6%). Dabei betrug die Inflationsrate inländischer Waren und Dienstleistungen 0,9% und diejenige der Importgüter 0,6%.<sup>26</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2005  
HANS HIRTER

Die Weltwirtschaft **wuchs 2005 weniger stark** als im Vorjahr. Vor allem im ersten Halbjahr verlief die Entwicklung nur zögerlich. Mit ein Grund dafür war die Explosion des Rohölpreises, der um mehr als 50% anstieg. Konjunkturmotor waren weiterhin die USA, deren BIP-Wachstum mit 3,5% auch im Berichtsjahr deutlich über dem Mittel der OECD-Staaten (2,7%) lag. In Europa belebte sich die Wirtschaft im zweiten Halbjahr ebenfalls spürbar. Der anhaltende Boom in China wirkte sich 2005 auf den ganzen südostasiatischen Raum inklusive Japan positiv aus. Infolge des rasanten Wirtschaftswachstums der Vorjahre namentlich in den USA und in den ostasiatischen Schwellenländern verteuerten sich auch wichtige andere Rohstoffe (v.a. Metalle). Die Preisentwicklung der Konsumgüter spiegelte weitgehend den Verlauf der Schwankungen des Erdölpreises. Die Inflationsrate stieg in den USA bis ins vierte Quartal auf 3,7% (so hoch wie seit 1991 nicht mehr) und in der Euro-Zone auf 2,3%. Zum ersten Mal seit vier Jahren nahm in der gesamten Euro-Zone die Arbeitslosigkeit wieder ab.<sup>27</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2005  
HANS HIRTER

Analog zur weltweiten Entwicklung stagnierte die **schweizerische Konjunktur** im ersten Quartal. Bereits im zweiten Quartal führten starke Warenexporte zu einer Rückkehr auf den Wachstumspfad. Diese Tendenz verstärkte sich im dritten und vierten Quartal. Gemäss ersten Schätzungen nahm das reale Bruttoinlandprodukt um 1,9% (2004: 2,1%) zu. Der Aktivsaldo der Ertragsbilanz blieb mit geschätzten 63 Mia Fr. etwa gleich hoch wie im Vorjahr.

Die im Herbst 2005 publizierten Schätzungen zeigten, dass die Wirtschaft 2004 stärker gewachsen war als ursprünglich angenommen. Das reale BIP-Wachstum hatte demzufolge 2,1% (statt 1,7%) betragen.

Die **Zahl der Beschäftigten** blieb weitgehend stabil. Das Wirtschaftswachstum führte zwar zu einem leichten Anstieg der Arbeitsplätze im Industriesektor und im Bauwesen; in wichtigen Bereichen des Dienstleistungssektors (Detailhandel, Finanzintermediäre und Versicherungen) nahm die Zahl der Beschäftigten jedoch ab. Die **Arbeitslosenquote** war leicht rückläufig. Im saisonbereinigten Jahresmittel senkte sie sich von 3,9% auf 3,8%; am Jahresende betrug sie 3,7% (Dezember 2004: 4,0%), was einer Zahl von 151'764 Personen entsprach. In der Deutschschweiz reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf 3,2%, während sie in der Romandie und im Tessin mit 5,1%



praktisch stabil blieb. Ausländer waren mit einer durchschnittlichen Jahresquote von 6,9% mehr als doppelt so häufig betroffen wie Schweizer (2,9%).

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung** fiel mit einem Jahresmittel von 1,2% etwas höher aus als im Vorjahr (0,8%). Dabei verringerte sich die Inflationsrate inländischer Waren und Dienstleistungen auf 0,6%, diejenige der Importgüter stieg aber wegen der Explosion der Erdölpreise auf 2,7% an.<sup>28</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2006  
HANS HIRTER

Die Weltwirtschaft wies 2006 zum dritten Mal in Folge ein **starkes Wachstum** auf. Da sich insbesondere in Europa die Lage stark verbesserte und gleichzeitig in den USA eine leichte Verflachung der Wachstumskurve konstatiert wurde, verlief die Entwicklung regional ausgeglichener als in den vorangegangenen Jahren. In Europa fiel vor allem der Aufschwung in Deutschland bemerkenswert kräftig aus (+2,7%), nachdem die grösste Volkswirtschaft der EU in den Vorjahren hinter den kleineren Ländern her gehinkt war. Dank der besseren Konjunkturlage gingen auch die Arbeitslosenzahlen zurück. Die Inflation blieb trotz des starken Wirtschaftswachstums relativ bescheiden, wobei sich die schwankenden Erdölpreise zuerst beschleunigend, im zweiten Halbjahr dann aber bremsend auf den Teuerungsindex auswirkten.<sup>29</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2006  
HANS HIRTER

Die **schweizerische Konjunktur** entwickelte sich im Berichtsjahr **ebenfalls erfreulich**, was zu Jahresbeginn nicht durchwegs erwartet worden war. Insbesondere der Export von Gütern und Dienstleistungen trug mit einer geschätzten Expansionsrate von 9,6% viel zum Wachstum bei. Diese starke Nachfrage aus dem Ausland wirkte sich, gepaart mit den nach wie vor tiefen Zinssätzen, auch belebend auf das Investitionsverhalten aus: Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen real um 7,1% zu. Eher zurückhaltend entwickelte sich der private Konsum (1,9%), während der Konsum des Staates und der Sozialversicherungen sogar leicht rückläufig war (-0,6%). Gemäss diesen ersten Schätzungen nahm das reale Bruttoinlandprodukt um 2,8% zu (2005: 1,9%).

Die **Beschäftigtenzahlen** reagierten mit beträchtlicher Verspätung doch noch auf das seit einigen Jahren anhaltende Wirtschaftswachstum. Insgesamt nahm die Beschäftigung, gemessen an Stellen in Vollzeitäquivalenten, um 0,8% zu. Die **Arbeitslosenquote** war rückläufig. Im saisonbereinigten Jahresmittel reduzierte sie sich von 3,8% auf 3,3%; am Jahresende betrug sie noch 3,1% (Dezember 2005: 3,7%), was einer Zahl von 128'580 Personen entsprach. Der Rückgang war in allen Landesteilen spürbar. In der Deutschschweiz verringerte sich die Arbeitslosenquote im Jahresmittel auf 2,8%, in der Romandie und im Tessin auf 4,8% (je -0,3 Prozentpunkte). Ausländer waren mit einer durchschnittlichen Jahresquote von 6,1% immer noch mehr als doppelt so häufig betroffen wie Schweizer (2,5%); auch hier ergab sich bei beiden Gruppen ein etwa gleich starker Rückgang.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung** blieb mit 1,1% im Jahresmittel praktisch unverändert (2005: 1,2%). Im Jahresverlauf wurde die Entwicklung von den stark schwankenden, zuerst weiter ansteigenden, sich gegen Jahresende aber wieder zurückbildenden Erdölpreisen beeinflusst. Die Inflationsrate inländischer Waren und Dienstleistungen stieg geringfügig von 0,6% auf 0,8% an, diejenige der Importgüter nahm wegen der im Jahresmittel immer noch ansteigenden Erdölpreise etwas stärker, nämlich um 1,9% (Vorjahr 2,7%) zu.<sup>30</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2007  
HANS HIRTER

Die Weltwirtschaft lief auch 2007 auf hohen Touren und erreichte ein **Jahreswachstum von rund 5%**. Am dynamischsten waren weiterhin die Schwellenländer, vor allem in Asien (China, Singapur, Südkorea und Taiwan). Aber auch Europa entwickelte sich mit einer Wachstumsrate von 2,7% wieder sehr stark, während sich das Wachstum in den USA nochmals leicht abschwächte und mit 2,2% deutlich unter dem langjährigen Mittel lag. Geprägt war das Wirtschaftsjahr allerdings ebenso wie durch das Wachstum durch die explodierenden Erdölpreise und die grosse Unsicherheit auf den Finanzmärkten. Für die Verteuerung des Erdöls wurde vor allem die kräftige Nachfrage aus den Schwellenländern verantwortlich gemacht, für die Volatilität der Finanzmärkte und Aktienbörsen die Probleme auf dem so genannten Subprime-Hypothekenmarkt der USA. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich im EU-Raum zurück und erreichte mit 7,2% den tiefsten Wert seit dem dem Beginn der Messungen anfangs der 90er Jahre. Der Inflationsdruck nahm infolge der stark steigenden Erdöl- und Nahrungsmittelpreise heftig zu. Im Dezember betrug der Teuerungsindex der Konsumentenpreise in den USA

fast 4% und in der EU knapp 3%.<sup>31</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2007  
HANS HIRTER

Auch die **schweizerische Wirtschaft wuchs** im Berichtsjahr **weiterhin stark an**. Wachstumsmotor war immer noch der Export von Gütern und Dienstleistungen, der mit geschätzten 10,3% sogar mehr zunahm als im Vorjahr. Auch die Investitionen in Ausrüstung wiesen wie im Vorjahr hohe Wachstumsraten aus: Sie nahmen real um 8,3% zu. Etwa gleich wie im Vorjahr entwickelte sich der private Konsum (2,0%), und der Konsum des Staates und der Sozialversicherungen schrumpfte erneut (-0,9%). Gemäss diesen ersten Schätzungen nahm das reale Bruttoinlandprodukt um 2,8% zu (2006: 3,2%).

Die **Beschäftigung** profitierte auch 2007 vom anhaltenden Wirtschaftswachstum. Insgesamt nahm sie, gemessen an Stellen in Vollzeitäquivalenten, um rund 2,6% zu. Das Wachstum fand sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor statt. Dank dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten trocknete der Arbeitsmarkt aber nicht vollständig aus. Die **Arbeitslosenquote** nahm im ganzen Jahresverlauf kontinuierlich ab. Im saisonbereinigten Jahresmittel reduzierte sie sich von 3,3% auf 2,8%; am Jahresende betrug sie noch 2,7% (Dezember 2006: 3,3%), was einer Zahl von 109'012 Personen entsprach. Im Sommer war die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit August 2002 wieder unter die 100'000-Marke gefallen. Der Rückgang war in allen Landesteilen spürbar. In der Deutschschweiz verringerte sich die Arbeitslosenquote im Jahresmittel auf 2,2%, in der Romandie und im Tessin auf 4,3% (-0,3 resp. -0,6 Prozentpunkte). Ausländer waren mit einer durchschnittlichen Jahresquote von 5,5% immer noch mehr als doppelt so häufig betroffen wie Schweizer (2,0%); der Rückgang in Prozentpunkten war bei den Ausländern etwas ausgeprägter.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung** fiel mit 0,7% im Jahresmittel sogar noch geringer aus als im Vorjahr (2006: 1,1%). Im Jahresverlauf war aber eine deutliche Zunahme feststellbar. Infolge der steigenden Erdöl- und Nahrungsmittelpreise und auch des steigenden Euro-Kurses betrug die Inflationsrate im vierten Quartal 1,7%; für die importierten Güter und Dienstleistungen stieg sie in dieser Periode sogar auf 3,2% an. Über das ganze Jahr hinweg war allerdings die hausgemachte Teuerung mit 1,0% höher als die importierte (0,1%).<sup>32</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2008  
HANS HIRTER

Analog zur weltweiten Entwicklung **schwächte sich auch das Wachstum der schweizerischen Wirtschaft 2008 stark ab**. Betroffen waren insbesondere die Einnahmen aus den Geschäften im Finanzsektor und die Exportindustrie. Die Zuwachsrate der Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen reduzierte sich im Jahresmittel von 9,4% auf 2,3%, diejenige der Investitionen von 5,4% auf -1,7%. Dabei waren im ersten Quartal noch ähnlich hohe Expansionsraten verzeichnet worden wie im Vorjahr. Gut hielt sich demgegenüber der private Konsum (+1,7%), derjenige des Staates und der Sozialversicherungen blieb konstant. Gemäss ersten Schätzungen nahm 2008 das reale Bruttoinlandprodukt nur noch um 1,6% zu (2007: 3,3%).

Die **Beschäftigung profitierte** im ersten Halbjahr noch von der guten Konjunkturlage. Erst gegen Jahresende machte sich die Krise auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Insgesamt wuchs die Beschäftigung mit rund 2,8% noch gleich stark wie im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen war bis Juni stark rückläufig und verringerte sich auf rund 91'000. Die **Arbeitslosenquote** nahm im saisonbereinigten Jahresmittel von 2,8% auf 2,6% ab; zu Jahresende war sie allerdings wieder auf 3,0% (Dezember 2007: 2,7%) angestiegen, was einer Zahl von 118'762 Personen (Dezember 2007: 109'012) entsprach. Der über das Berichtsjahr insgesamt registrierte Rückgang der Arbeitslosigkeit war in allen Landesteilen gleich ausgeprägt und betraf sowohl Männer als auch Frauen und Schweizer und Ausländer in etwa gleichem Ausmass. Dasselbe lässt sich auch vom Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit gegen Jahresende sagen. In der Deutschschweiz verringerte sich die Arbeitslosenquote im Jahresmittel auf 2,1%, in der Romandie und im Tessin auf 3,9% (-0,1 resp. -0,2 Prozentpunkte). Ausländer waren mit einer durchschnittlichen Jahresquote von 5,0% immer noch mehr als doppelt so häufig betroffen wie Schweizer (1,9%).

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung** stieg mit 2,4% im Jahresmittel massiv an (2007: 0,7%), wobei rund die Hälfte davon auf die Preisexplosion bei Erdölprodukten zurückzuführen war. Im Jahresverlauf waren die drei ersten Quartale von einer deutlichen Zunahme vor allem infolge der stark gestiegenen Erdöl-

und Nahrungsmittelpreise geprägt. Im letzten Quartal brachen die Erdölpreise ein und die Gesamtteuerungsrate reduzierte sich auf 1,6%. Über das ganze Jahr hinweg war die hausgemachte Teuerung mit 1,7% niedriger als die importierte (4,3%; Erdölprodukte allein 17,8%).<sup>33</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2009  
HANS HIRTER

Die Weltwirtschaft war Ende 2008 in eine **tiefe Rezession** gestürzt, welche sich durch das ganze Jahr 2009 durchzog. Nach ersten Schätzungen sank das globale Bruttoinlandprodukt um 0,8%. Es handelte sich dabei seit dem zweiten Weltkrieg um das erste Jahr mit einer negativen Wachstumsrate. Betroffen waren von der Krise sowohl die entwickelten Staaten als auch die stark exportabhängigen so genannten Schwellenländer mit Ausnahme Chinas. Hauptursache der Rezession war die im Herbst 2008 ausgebrochene Krise der internationalen Finanzmärkte gewesen. Dank den weltweit von den Regierungen und den Nationalbanken ergriffenen Stützungsmaßnahmen zugunsten der Banken und der Konjunktur gelang es im Berichtsjahr, die Abwärtsspirale zu bremsen. Bereits im ersten Halbjahr machten sich, namentlich in den Schwellenländern Asiens, erste Wiederbelebungstendenzen bemerkbar. In den USA und in Westeuropa ergab sich im zweiten Halbjahr ein leichtes Wachstum; im Ganzjahresvergleich sank das BIP allerdings um 2,4% in den USA und gar um 3,9% in der Eurozone. Die Arbeitslosenquote stieg namentlich im ersten Halbjahr überall stark an und erreichte in den USA im Dezember mit 10,0% den höchsten Wert seit 1983. Die Teuerung blieb weitgehend auf dem Vorjahresstand. Neben der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung war dafür insbesondere auch der seit Herbst 2008 sinkende Erdölpreis verantwortlich.<sup>34</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2009  
HANS HIRTER

Auch in der Schweiz wirkte sich die Weltwirtschaftskrise voll aus. Erst im zweiten Halbjahr setzte wieder ein leichtes Wachstum ein. Insgesamt fiel der **Rückgang des realen Bruttoinlandprodukts** im Jahr 2009 mit geschätzten -1,9% (2008: +1,8%) zwar weniger heftig aus, als im Frühjahr und auch noch im Herbst von den Fachleuten prognostiziert. Trotzdem handelte es sich um den stärksten Einbruch seit 1975. Betroffen waren insbesondere die Exporte, welche sowohl unter dem steigenden Frankenkurs als auch unter dem globalen Nachfrageeinbruch litten. Insgesamt schrumpfte im Berichtsjahr die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen um 10,0%. Die Investitionen bildeten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,7% zurück (Ausrüstungsgüter -7,5%, Bau +1,3%). Weiterhin gut hielt sich demgegenüber der private Konsum (+1,2%), derjenige des Staates und der Sozialversicherungen nahm wegen der Konjunkturförderungsprogramme um 2,5% zu.

Nach drei Jahren mit hohen Wachstumsraten stagnierte im Berichtsjahr die **Beschäftigung**. Umgerechnet in Vollzeitstellen nahm sie um 0,1% ab; da der Anteil der Teilzeitstellen zunahm war allerdings eine leicht höhere Anzahl von Beschäftigten zu verzeichnen. Dies reichte jedoch nicht, um mit der wachsenden Zahl der erwerbsfähigen Personen Schritt zu halten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm kontinuierlich zu und erreichte im Dezember 165 000, was einer Zunahme von rund 45 000 entsprach. Die **Arbeitslosenquote stieg** im saisonbereinigten Jahresmittel von 2,6% auf 3,7%; zu Jahresende betrug sie 4,2% (Ende 2008: 3,0%).

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene **Teuerung sank** im Jahresmittel um 0,5% (2008: +2,4%). Die Preise für inländische Güter und Dienstleistungen nahmen im Jahresmittel um 1,7% zu (2008: +1,2%), während die importierte Inflation mit -4,7% stark rückläufig war (Erdölprodukte allein -25,9%).<sup>35</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2010  
SUZANNE SCHÄR

Die **Erholung des Welthandels und der schweizerischen (Export-)wirtschaft**, die sich ab Mitte 2009 abzeichnete, war v.a. einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik geschuldet, mit Hilfe derer die Länder ihren Staatsdefiziten und der allgemeinen Verschuldung begegneten. Dank dieser Massnahmen galt die Konjunkturlage Mitte 2010 weltweit als stabilisiert, die mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Aussichten jedoch als gedämpft. Die Bemühungen der privaten Haushalte und des Finanzsektors zum Schuldenabbau, die mit sinkendem Privatkonsum und einer nachlassenden Investitionsnachfrage einhergingen, führte in vielen Ländern (u.a. USA, Japan sowie wachstumsstarke Schwellenländer, dort insbesondere die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China) ab dem zweiten Quartal zu einer **Verlangsamung der Konjunktur**. Dazu dämpfte insbesondere die europäische Staatsschuldenkrise die Erholung der Finanzmärkte. Die Handelsbeziehungen in den Euro- und EWR-Raum



blieben für die Schweizer Wirtschaft 2010 bedeutend (78% der Importe, 60% der Exporte), im Vergleich mit der positiven Entwicklung der Ausfuhren nach Kanada und Japan aber stagnierend. Eine im Sommer publizierte Studie von Ernst & Young, die der Ausländertätigkeit von 700 Schweizer KMU nachging, machte eine Zunahme der Aktivitäten grösserer, nicht börsenkotierter KMU in den BRIC-Staaten aus. Für das Berichtsjahr lässt sich festhalten, dass sich die Konjunktur 2010, bei allerdings grossen regionalen Unterschieden sowie makro- bzw. mikroökonomischen Unsicherheiten (wirtschaftliche Lage systemrelevanter Unternehmen, insbesondere Banken, Staatsverschuldung) weltweit zu erholen vermochte. In der ersten Jahreshälfte zeigte der Wachstumstrend v.a. in den USA und den Schwellenländern nach oben, während sich der Euroraum nur verhalten entwickelte. Ab Mitte des Jahres verzeichneten die USA (reales BIP 2010: 3%; 2009: -3,5), Japan (reales BIP 2010: 1,9%; 2009 -5,2%) und die wachstumsstarken Schwellenländer einen Konjunkturdämpfer. Gleichzeitig entwickelte sich die Wirtschaft der 27 EU-Staaten (reales BIP 2010: 1,7%; 2009: -4,1%) v.a. dank eines verstärkten Wirtschaftswachstums in Deutschland (reales BIP 2010: 3,5%, 2009: -4,7%) dynamischer. Gemäss Schätzungen des IWF **wuchs die Weltwirtschaft 2010 um 5%**, eine Dynamik, die insbesondere dem BIP-Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern (geschätzte 7%) geschuldet war, während sich die meisten Industrieländer (IWF-Schätzung 2010 für die OECD-Länder: 3%) insgesamt nur zögerlich erholten. Die **Arbeitslosenquoten entwickelten sich welt- und europaweit uneinheitlich**. Während die Länder im Zentrum Europas meist nur einen moderaten Anstieg zu gewärtigen hatten (Deutschland und Luxemburg vermochten den Trend gar zu brechen), fällt das förmliche Explodieren der Raten zwischen 2008 und 2010 an der europäischen Peripherie auf, allen voran in den von der Staatsschuldenkrise besonders tangierten PIGS-Staaten Portugal, Irland, Griechenland, Spanien, ohne dass eine Trendumkehr ersichtlich gewesen wäre. Auch die USA und Japan vermochten 2010 die erhoffte Wende im Arbeitsmarkt nicht herbeizuführen (aufgrund von Abweichungen zwischen der OECD- und BfS-Statistik beschränken sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf die qualitative Entwicklung).<sup>36</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2010  
SUZANNE SCHÄR

Das **Beschäftigungswachstum** war zufriedenstellend. In der Tendenz wiesen der Dienstleistungs- und Industriesektor positive Werte aus. Während die vollzeitäquivalente Beschäftigung im dritten Sektor im 4. Quartal 2,0% über dem Vorkrisenniveau zu stehen kam, lag diese im zweiten Sektor noch 4,4% darunter. Die **Arbeitslosenquote**, die sich in der Zeit kurz vor Ausbruch der Finanzkrise 2008 bis zum Höhepunkt im Januar 2010 beinahe verdoppelt hatte, sank von einem Höhepunkt bei 4,5% im Januar 2010 auf 3,8% im Dezember 2010. Im Jahresmittel lag sie mit **3,9%** um 0,2 Prozentpunkte höher als 2009. Da die Expertengruppe Konjunkturprognosen die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Stabilität des Finanzsektors für 2010 weiterhin als ungünstig einschätzte und im ersten Quartal mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit rechnete, beschloss der Bundesrat im März als arbeitsmarktliche Massnahme die Stützung der gesamtwirtschaftlich tragenden, exportorientierten Industrie, indem er die Maximaldauer zum Bezug von Kurzarbeitsentschädigung von 18 auf 24 Monate erhöhte. Nachdem die Preise 2009 erstmals seit 1959 gesunken waren, bewegte sich die **Teuerung** 2010 gemäss Landesindex der Konsumentenpreise mit 0,7% im Jahresdurchschnitt (berechnet auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex: 0,6%) auf bescheidenem Niveau. Den Preisanstieg beim Erdöl nicht eingerechnet, tendierte sie gegen Null (0,1%).<sup>37</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2011  
LAURENT BERNHARD

Die Situation auf dem schweizerischen **Arbeitsmarkt** verbesserte sich insgesamt. Ende Jahr zählte die Schweizer Volkswirtschaft 4,044 Millionen Beschäftigte. Dies entsprach einem Anstieg innert Jahresfrist um 0,5 Prozent. Mit einem Bestand von 122'892 Personen lag die durchschnittliche Arbeitslosenzahl um rund 29'000 Personen tiefer als im Vorjahr. Als Ergebnis dieser Entwicklung resultierte im Jahresmittel eine Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent, was einem markanten Rückgang um 0,8 Prozentpunkte entsprach. Allerdings waren immer noch mehr Personen arbeitslos als vor Ausbruch der Krise im Jahre 2008.<sup>38</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 30.12.2011  
LAURENT BERNHARD

Neben der Staatsverschuldung stellte die **Arbeitslosigkeit** 2011 in vielen Industriestaaten weiterhin ein zentrales Problem dar. Im Jahresdurchschnitt reduzierte sich die Arbeitslosenquote allerdings in den OECD-Staaten von 8,3 auf 8,0 Prozent. Dieser leichte Rückgang kam unter anderem aufgrund der eindrucksvollen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu Stande, wo die Arbeitslosigkeit von 7,8 auf 5,9 Prozent abnahm. Zudem erholte sich erstmals seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 der Arbeitsmarkt in den USA. Hingegen spitzte sich die Lage in den von der Krise besonders stark betroffenen PIGS-Staaten (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) weiter zu. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 21,7 Prozent erwies sich die Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt als besonders prekär.<sup>39</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2012  
LAURENT BERNHARD

Der schweizerische **Arbeitsmarkt** zeichnete sich durch eine ausgeprägte Widerstandsfähigkeit aus. Trotz dem gedrosselten Wirtschaftswachstum nahm die Beschäftigung leicht zu. Ende Jahr zählte die Schweizer Volkswirtschaft 4,116 Mio. Beschäftigte. Dies entsprach einem Anstieg innert Jahresfrist um 1,8 Prozent. Im Jahresdurchschnitt waren 125'594 Personen arbeitslos gemeldet, 2'704 mehr als 2011. Entsprechend erhöhte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9%. Gemäss dem Staatsekretariat für Wirtschaft (SECO) lag damit das drittiefte Ergebnis der vergangenen zehn Jahren vor.<sup>40</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 02.01.2012  
LAURENT BERNHARD

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nahm die **Arbeitslosigkeit** im Berichtsjahr zu. 2012 waren weltweit 197 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Vor allem in den Industriestaaten nahm die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu. Gemäss Eurostat lag Ende Jahr die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in den Staaten der Europäischen Union bei 10,7%, was einer deutlichen Erhöhung von 0,7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entsprach. Ins Auge stach das grosse Gefälle zwischen den nördlichen und den südlichen Mitgliedsstaaten. Während Österreich (4,3%), Deutschland und Luxemburg (je 5,3%) sowie die Niederlande (5,8%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten registrierten, wiesen Griechenland (26,8%) und Spanien (26,1%) mit Abstand die höchsten Raten aus. In den meisten asiatischen Staaten und in den Ländern Lateinamerikas und Afrikas südlich der Sahara stieg die Arbeitslosenquote dagegen nur moderat an oder ging sogar leicht zurück. In Lateinamerika verharrte das Niveau bei 6,6%, in den asiatischen Staaten blieb die Quote mit 3,8 bis 4,5% weiterhin tief. Positiv entwickelten sich die Arbeitsmärkte schliesslich auch in den rohstoffreichen Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Anlass zur Sorge gab die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit. In den am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern Südeuropas war fast die Hälfte der Stellensuchenden unter 25 Jahren arbeitslos. In den Industriestaaten waren zudem 35% der jugendlichen Arbeitslosen bereits seit sechs Monaten oder länger ohne Stelle.<sup>41</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.01.2013  
LAURENT BERNHARD

Was den **Arbeitsmarkt** betrifft, wirkte sich die Wachstumsbeschleunigung positiv auf die Beschäftigung aus. Diese nahm innert Jahresfrist um 1,0% zu, womit die Schweiz im vierten Quartal des Berichtsjahres 4,189 Mio. Beschäftigte zählte. Demgegenüber ist von einer steigenden Arbeitslosigkeit zu berichten. Im Jahresdurchschnitt waren bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) 136'524 Arbeitslose gemeldet, was einem Zuwachs von 10'930 Personen entsprach. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich dadurch die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 3,2%. Die entgegengesetzte Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wurde mitunter mit dem sogenannten "Mismatch-Phänomen" zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot erklärt. Demnach unterschied sich die Qualifikation der Arbeitssuchenden zu stark vom Profil der ausgeschriebenen Stellen.<sup>42</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 02.01.2013  
LAURENT BERNHARD

Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nahm die **Arbeitslosigkeit** im Berichtsjahr leicht zu. 2013 waren weltweit 203 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, was einem Anstieg um 5 Millionen entsprach. Die Arbeitslosenquote betrug rund 6%. Nach Schätzungen der Uno-Organisation lag die tatsächliche Arbeitslosenrate allerdings noch um einiges höher, da Personen, welche die Arbeitssuche aufgegeben hatten, in den ILO-Statistiken nicht berücksichtigt waren. Allein im Jahre 2013 hätten 23 Millionen Personen die Arbeitssuche aufgegeben. Am stärksten nahm die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern Ost- und Südasiens zu. 45% aller neuen Arbeitssuchenden entfielen auf

Arbeitskräfte dieser Staaten. An zweiter Stelle folgten die afrikanischen Staaten südlich der Sahara und die Länder des südlichen Europas. Vom Anstieg der Arbeitslosenzahlen kaum betroffen waren dagegen die Staaten Lateinamerikas. Als beunruhigend erachtete die ILO die Tatsache, dass von der Arbeitslosigkeit weiterhin besonders viele junge Arbeitskräfte betroffen waren. In der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen waren Ende Berichtsjahr 74,5 Millionen Personen auf Arbeitssuche, was einer Rate von 13% entsprach. Besonders weit verbreitet war die Arbeitslosigkeit weiterhin unter jungen Arbeitskräften in Südeuropa, in den nordafrikanischen Staaten, dem Nahen Osten und in Teilen Lateinamerikas und der Karibik. Nach Berechnungen von Eurostat verharrte die Arbeitslosigkeit in Europa auf einem hohen Niveau. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote der EU war am Ende des Berichtsjahres mit 10,7% identisch zum Vorjahreswert. Unter den Mitgliedsstaaten verzeichneten Österreich (4,9%), Deutschland (5,1%) und Luxemburg (6,2%) die niedrigsten Raten. Die höchsten Arbeitslosenquoten waren in Griechenland (27,8%) und Spanien (25,8%) zu beklagen [2].<sup>43</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 01.01.2014  
DAVID ZUMBACH

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** präsentierte sich 2014 beinahe wie im Vorjahr. Das anziehende Wirtschaftswachstum hatte einen positiven Einfluss auf die Beschäftigung. Diese nahm innert Jahresfrist um 1,0% zu. Ende 2014 zählte die Schweiz 4,321 Mio. Beschäftigte. Besonders dynamisch entwickelte sich der tertiäre Sektor, in dem 40'000 neue Stellen geschaffen werden konnten. Dies entsprach einer Zunahme um 1,0%. Im Gegensatz dazu verlangsamte sich das Beschäftigungswachstum im zweiten Sektor auf 0,2%. Im Jahresdurchschnitt waren bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) 136'764 Arbeitslose gemeldet, was einer im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Arbeitslosenquote von 3,2% entspricht. Zusätzlich erschwert hat sich gemäss den Daten des Bundesamts für Statistik die Suche nach qualifiziertem Personal im zweiten und im dritten Sektor.<sup>44</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 02.01.2014  
DAVID ZUMBACH

Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nahm die **Arbeitslosigkeit 2014** leicht ab. Weltweit waren 201 Mio. Personen (5,9%) arbeitslos gemeldet, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang um 2 Mio. (-0,1 Prozentpunkte) entspricht. Vor der Finanzkrise, die 2007 ihren Anfang genommen hatte, waren 170 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Am stärksten nahm die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik (+0,3 Prozentpunkte) zu. Den grössten Rückgang bei der Arbeitslosenquote (-0,7 Prozentpunkte) konnten die Industrienationen verzeichnen. Allen voran die Vereinigten Staaten (-1,2 Prozentpunkte) und die EU (-0,7 Prozentpunkte) schnitten im Vergleich zum Vorjahr besser ab. Unter den EU-Mitgliedsstaaten verzeichneten abermals Österreich (5,0%), Deutschland (5,0%) und Luxemburg (6,1%) die niedrigsten Arbeitslosenraten. Das Vereinigte Königreich schloss mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote um 1,2 Prozentpunkte auf neu 6,2% zum EU-Spitzenrio auf. Die höchsten Arbeitslosenquoten waren, wie 2013, in Griechenland (26,3%) und Spanien (24,7%) zu beklagen. Die Raten beider Länder notierten jedoch klar tiefer als noch im Vorjahr. Als beunruhigend erachtete die ILO weiterhin die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Weltweit waren, wie im Vorjahr, 13,0% der 15- bis 24-Jährigen auf Arbeitssuche. Insbesondere in Südeuropa, in den nordafrikanischen Staaten, dem Nahen Osten und in Teilen Lateinamerikas und der Karibik waren viele junge Arbeitskräfte ohne Erwerbsarbeit.<sup>45</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 02.01.2015  
DAVID ZUMBACH

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat die **weltweite Arbeitslosigkeit 2015** weniger stark zugenommen als befürchtet worden war. Es galten 197 Mio. Personen (5,8%) als arbeitslos. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies nach den neuesten Angaben der ILO einer Zunahme um 0,7 Mio. Arbeitslosen. Vor der Weltwirtschaftskrise (ab 2007) galten weltweit 170 Mio. Personen als arbeitslos. Am stärksten sind die Arbeitslosenquoten 2015 in den Ländern Osteuropas und Lateinamerikas gewachsen. Positiv entwickelte sich der Arbeitsmarkt hingegen vor allem in den dynamisch wachsenden Industrienationen, deren aggregierte Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte zurückging. Die USA, deren Arbeitslosenquote sich von 6,3% auf 5,3% verringerte, und die EU, die einen Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen von 10,2% auf 9,4% verzeichnete, zeigten sich besonders dynamisch. Innerhalb der EU blieben die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten gross. Während in Deutschland (4,6%) und dem Vereinigte Königreich (5,5%) die bereits tiefen Arbeitslosenraten nochmals sanken, blieben die Quoten in Griechenland und Spanien trotz einer positiven Entwicklung auf über 20%. Für die Folgejahre rechnet die ILO

aufgrund der Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstum mit einem weiteren Anstieg der weltweiten Arbeitslosigkeit (2,4 Mio.), von dem, so die ILO weiter, hauptsächlich die Entwicklungs- und Schwellenländer betroffen sein werden. <sup>46</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 08.01.2016  
DAVID ZUMBACH

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** wurde **2015** durch das rückläufige Wirtschaftswachstum geprägt. Gemäss des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) waren im Jahresdurchschnitt mit 142'810 Personen rund 4,4% mehr Arbeitslose gemeldet als noch im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote nahm entsprechend im Durchschnitt um 0,1 Prozentpunkte zu und betrug 3,3%. Gleiches galt für die Jugendarbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen. Die Arbeitslosenquote bei Arbeitnehmenden ab dem 50. Altersjahr erhöhte sich ebenfalls leicht und stand bei durchschnittlich 2,9%. Neben den arbeitslosen Stellensuchenden waren im Jahresdurchschnitt circa 58'000 nichtarbeitslose Personen auf Stellensuche. Dies entspricht einer Zunahme um 5,6%. <sup>47</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 21.03.2017  
GUILLAUME ZUMOFEN

Le Groupe d'experts de la Confédération a publié ses **prévisions pour la conjoncture helvétique 2017 et 2018**. Dans l'ensemble, le Groupe table sur une croissance du PIB de +1,6% en 2017 et +1,9% en 2018. Les estimations pour 2017 ont d'ailleurs été revues à la baisse. La faible croissance du PIB suisse pour le 2ème semestre 2016 a été mise sur le banc des accusés. Néanmoins, selon le Groupe, ce léger ralentissement ne devrait être que passager. La hausse des exportations de marchandises et la croissance de la demande intérieure, sous l'effet de la dynamique positive du marché du travail et de la croissance démographique, devraient garantir une reprise solide de la croissance du PIB helvétique. Par exemple, le Groupe d'expert mise sur une croissance de l'emploi de 0,4% en 2017. Grâce à cette dynamique, le taux de chômage devrait baisser jusqu'à 3,2% en moyenne annuelle en 2017. Finalement, bien que la conjoncture internationale paraisse positive, plusieurs incertitudes potentielles ne doivent pas être sous-estimées. La future politique économique et commerciale de l'administration Trump aux États-Unis, l'élection présidentielle française, les modalités du Brexit ou encore l'évolution du secteur bancaire italien pourraient fortement pénaliser la conjoncture suisse. <sup>48</sup>

### Strukturpolitik

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 01.11.2016  
GUILLAUME ZUMOFEN

La Chancellerie fédérale a validé le dépôt de l'**initiative populaire «Entreprises responsables - pour protéger l'être humain et l'environnement»**. Déposée le 10 octobre 2016, l'initiative populaire a été validée le 1er novembre 2016 avec 120'418 signatures valables. Dans les détails, l'initiative comprend une modification de l'article 101a de la Constitution qui concerne la responsabilité des entreprises. Il est prévu que la Confédération s'engage pour que l'économie respecte davantage les droits de l'homme et de l'environnement. Ainsi, les entreprises doivent respecter les droits de l'homme et les normes environnementales internationalement reconnues. Cette disposition s'applique également à l'étranger. De plus, elle concerne aussi les entreprises contrôlées par une entreprise helvétique. Le terme «contrôlé» concerne aussi bien les rapports effectifs qu'un contrôle au niveau économique. Dès lors, les entreprises sont tenues de faire preuve d'une diligence raisonnable. Il s'agit donc d'examiner les répercussions effectives et potentielles, de prendre des mesures conséquentes et de mettre un terme aux violations existantes. <sup>49</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 11.01.2017  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'**initiative populaire «Entreprises responsables - pour protéger l'être humain et l'environnement»** a été examinée par le Conseil fédéral. Si les sept sages rejoignent les objectifs principaux de cette initiative populaire, ils estiment cependant que le texte va trop loin. Par conséquent, le Conseil fédéral recommande à l'Assemblée fédérale de rejeter cette initiative populaire. En effet, si les thématiques de la protection des droits de l'homme ainsi que de l'environnement sont au coeur de la législature 2016-2019 du Conseil fédéral, des réglementations supplémentaires pour les multinationales suisses risqueraient d'affecter la compétitivité des entreprises helvétiques. Le Conseil fédéral estime ainsi que l'obligation de diligence raisonnable va trop loin et que la responsabilité encourue est trop grande vis-à-vis des législations en vigueur dans la plupart des autres pays. C'est désormais aux deux chambres législatives de se prononcer sur la question. <sup>50</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 14.11.2017  
GUILLAUME ZUMOFEN

Lors de l'examen de l'**initiative populaire «Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement»**, la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats (CAJ-CE) a opté pour le dépôt d'un contre-projet indirect sous la forme d'une initiative parlementaire. Le contre-projet intègre les principaux objectifs de l'initiative populaire et les concrétise de manière équilibrée.<sup>51</sup>

PARLAMANTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 11.12.2017  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'adoption, en 2011, des Principes directeurs des Nations Unies (ONU) relatifs aux entreprises et aux droits l'homme a largement médiatisé la problématique de la responsabilité des entreprises. Dans cette optique, une **initiative populaire «Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement»** a été déposée. La Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats (CAJ-CE) a soumis un **contre-projet indirect** par l'intermédiaire d'une initiative parlementaire. L'objectif de cette initiative parlementaire est de compenser la formulation vague et l'extrémisme de l'initiative populaire initiale, afin de proposer une mise en œuvre contraignante et cohérente. Cette initiative parlementaire précise que les activités à risque doivent être définies par le législateur, que le respect de l'obligation de diligence doit être non seulement contrôlée, mais également sanctionnée, et que les violations graves doivent engager la responsabilité civile de la société mère. La Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-CN) a refusé de donner suite à l'initiative parlementaire. L'élaboration d'un contre-projet indirect a été intégré à la révision du droit de la société anonyme (16.077).<sup>52</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 22.03.2019  
GUILLAUME ZUMOFEN

Le Conseil des États s'est prononcé en premier sur l'initiative populaire et le contre-projet indirect. En effet, en juin 2018, lors du débat sur la révision du droit de la société anonyme (16.077), un contre-projet indirect à l'initiative populaire **«Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement»** avait été introduit comme second projet de cette révision. Par 9 voix contre 2 et 1 abstention, la commission des affaires juridiques du Conseil des États (CAJ-CE) s'est penchée sur la proposition de contre-projet indirect et a décidé d'entrer en matière. D'abord, l'initiative populaire a été rejetée par 25 voix contre 14. Les sénateurs ont estimé, tout comme le Conseil fédéral, que le texte de l'initiative populaire allait trop loin, notamment en matière de responsabilité et devoir de diligence. Ainsi, l'adoption d'un tel texte serait une menace pour la compétitivité helvétique. Puis, le contre-projet indirect a été rejeté par 22 voix contre 20. Bien qu'édulcoré en matière de responsabilité, avec la suppression de la responsabilité des gestionnaires et dirigeants d'une société, et en termes de champ d'application, avec seulement les entreprises d'une certaine taille, le contre-projet n'a pas convaincu la chambre des cantons. Les sénateurs ont finalement décidé de proroger le délai de traitement jusqu'au 10 avril 2020. La chambre du peuple a également adopté la prolongation de délai.<sup>53</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 13.06.2019  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'initiative populaire **«Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement»** a été intégrée au débat sur la révision du droit de la société anonyme (SA). Ainsi, un contre-projet indirect intégré à la révision a été proposé par le Conseil national. Malgré de nombreux allègements, il a été refusé par la chambre des cantons. Le contre-projet indirect est donc revenu au Conseil national pour un nouveau débat. Après de longues heures de discussions, la chambre du peuple a maintenu sa proposition de contre-projet à l'initiative par 109 voix contre 69. La gauche et le centre ont fait pencher la balance. La gauche a notamment mis en avant le risque d'une campagne hautement émotionnelle et indécise, si l'initiative populaire était soumise au peuple. Le contre-projet indirect entraînerait un retrait de l'initiative comme l'ont précisé les initiants. A l'opposé, la majorité de l'UDC et les parlementaires du PLR ont mis en évidence les risques pour la compétitivité de la place économique helvétique. Le contre-projet indirect retourne donc à la chambre des cantons.<sup>54</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 14.08.2019  
GUILLAUME ZUMOFEN

Le **Conseil fédéral s'est à nouveau prononcé**, en amont des débats à la chambre haute, sur le contre-projet indirect à l'**initiative populaire «Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement»**. S'il rejoint les préoccupations des initiants, il propose néanmoins le rejet de l'initiative et du contre-projet. Il estime que l'un et l'autre vont trop loin, et risqueraient de nuire à l'économie helvétique. En parallèle, il charge le Département fédéral de justice et police (DFJP) de mettre en consultation un projet de loi sur les rapports de durabilité, en cas de rejet du contre-

projet et de l'initiative par le Parlement. Ce projet de loi devrait s'inspirer de la législation européenne en vigueur. Au final, en intervenant en amont des débats au Conseil national, et en suggérant une alternative au contre-projet, le Conseil fédéral opte pour une stratégie proactive d'influence du vote en chambre.<sup>55</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 14.08.2019  
GUILLAUME ZUMOFEN

Étant donné que le Conseil national a maintenu sa décision d'entrer en matière sur le **contre-projet indirect à l'initiative pour des multinationales responsables** (projet 2 de l'objet 16.077), l'objet est revenu à la chambre des cantons. La commission des affaires juridiques du Conseil des États (CAJ-CE) recommande, à nouveau, à sa chambre d'entrer en matière. Elle s'aligne donc, par 7 voix contre 4 et 1 abstention, sur la décision du Conseil national.<sup>56</sup>

- 1) Amt. Bull. NR, 1995, S. 2069.; Amt. Bull. NR, 1995, S. 2252f.; Amt. Bull. StR, 1995, S. 1238; Amt. Bull. StR, 1995, S. 1241; Bund, 23.3.95
- 2) J. Christoffel, "Unproduktive Schweizer Wirtschaft?", in Die Volkswirtschaft, 68/1995, Nr. 8, S. 36 ff.5; Presse vom 6.9.95 (v.a. TA). Vgl. auch NZZ, 21.10.95.4
- 3) Amt. Bull. NR, 1997, S. 1093ff.; Verhandl. B.vers., 1997, V, S. 19
- 4) Die Volkswirtschaft, 64/1991, Nr. 4, S. 25 ff. und 10 f.
- 5) Amtl. Bull. NR, 1991, S. 1861 ff.
- 6) Amtl. Bull. NR, 1991, S. 1987.; Amtl. Bull. NR, 1991, S. 2190 f.
- 7) Amtl. Bull. NR, 1991, S. 2190 f.; TA und NQ, 30.11.91
- 8) Amtl. Bull. NR, 1992, S. 584 ff.; Amtl. Bull. NR, 1992, S. 646, 676 resp. 1233 f.; TA, 8.2 (CNG), 18.2 (SGB) und 7.10.92; Amtl. Bull. NR, 1992, S. 584 ff.
- 9) SNB, Geschäftsbericht, 85/1992, S. 1 ff. und 12 ff.; NZZ, 14.5.93.
- 10) SNB, Geschäftsbericht, 85/1992, S. 7 f. und 26 ff.
- 11) Die Volkswirtschaft, 66/1993, Nr. 5, S. 8f.; JdG, 14.9.92
- 12) Bund, 11.5.93; LM, 19.7.93; NQ, 2.11.93; Presse vom 13.11.93; NQ, 30.8.93; TA, 13.11.93.
- 13) Die Volkswirtschaft, 67/1994, Nr. 5, S. 8\*ff. Siehe dazu auch unten, Teil I, 7a (Arbeitsmarkt) und 7d (Ausländerpolitik).
- 14) Die Volkswirtschaft, 68/1995, Nr. 5, S. 8\* ff.
- 15) Die Volkswirtschaft, 69/1996, Nr. 5, S. 7\* ff.; SNB, Geschäftsbericht 1995, 88/1995, S. 33 ff.
- 16) SNB, Geschäftsbericht, 90/1997, S. 7 ff.5
- 17) Die Volkswirtschaft, 70/1997, Nr. 5, S. 22\* und 71/1998, Nr. 3, S. 23\*; SNB, Geschäftsbericht, 90/1997, S. 20. Siehe dazu auch unten, Teil I, 7a (Arbeitsmarkt).7
- 18) Die Volkswirtschaft, 2001, Nr. 4, S. 80; NZZ, 23.9. und 15.11.00.
- 19) SNB, Geschäftsbericht, 2000, S. 7 ff.4
- 20) Schweizerische Nationalbank, 94. Geschäftsbericht 2001, S. 7 f.3
- 21) Schweizerische Nationalbank, 94. Geschäftsbericht 2001, S. 21 ff.
- 22) Schweizerische Nationalbank, 95. Geschäftsbericht 2002, S. 7 ff.
- 23) Schweizerische Nationalbank, 95. Geschäftsbericht 2002, S. 21 ff.; 24h, 1.12.02
- 24) Schweizerische Nationalbank, 96. Geschäftsbericht 2003, Bern 2004, S. 7 ff.
- 25) Schweizerische Nationalbank, 96. Geschäftsbericht 2003, Bern 2004, S.22 ff.
- 26) Schweizerische Nationalbank, 97. Geschäftsbericht, Bern 2005, S. 17 ff.; Die Volkswirtschaft, 2005, Nr. 5; Die Volkswirtschaft, 2005, Nr. 5.
- 27) Schweizerische Nationalbank, 98. Geschäftsbericht 2005, Bern 2006, S. 14 ff.
- 28) Schweizerische Nationalbank, 98. Geschäftsbericht 2005, Bern 2006, S. 18 ff. und Internetseiten des Seco und des BFS.; NZZ, 3.9.05; NZZ, 2.7.05.; Presse vom 16.12.05.
- 29) Schweizerische Nationalbank, 99. Geschäftsbericht 2006, Bern 2007, S. 13 ff.
- 30) Schweizerische Nationalbank, 99. Geschäftsbericht 2006, Bern 2007, S. 18 ff. sowie Internet-Seiten des BFS und des seco.
- 31) Schweizerische Nationalbank, 100. Geschäftsbericht 2007, Bern 2008, S. 14 ff.
- 32) Schweizerische Nationalbank, 100. Geschäftsbericht 2007, Bern 2008, S. 19 ff. sowie Internet-Seiten des BFS und des seco.
- 33) Schweizerische Nationalbank, 101. Geschäftsbericht 2008, Bern 2009, S. 22 ff. sowie Internet-Seiten des BFS und des Seco.
- 34) Schweizerische Nationalbank, 102. Geschäftsbericht 2009, Bern 2010, S. 17 ff.
- 35) Schweizerische Nationalbank, 102. Geschäftsbericht 2009, Bern 2010, S. 22 ff.; NZZ, 27.8.10 sowie Internet-Seiten des BFS und des Seco; Presse vom 18.3.09; NZZ, 26.9. und 28.9.09.
- 36) StatExtracts; Labour Force Statistics (MEI): Harmonised Unemployment Rates and Levels (HURs), 25.5.2011
- 37) Seco, Konjunkturtendenzen Frühjahr 2011, S. 25 und LT, 21.12.10; Seco, Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Januar 2011; Seco, Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Dezember 2010 / Jahresdurchschnitte 2010; LT, 9.3., 17.3. und 9.4.10; NZZ, 9.3.10; 24H, 9.4.10; Seco, Medienmitteilung, 5.3.2010.; Seco, Konjunkturtendenzen Frühjahr 2011, S. 28; NZZ, 12.2. und 7.4.10; QJ, 7.4.10; Lit. Beuret.
- 38) Medienmitteilung BFS vom, 28.2.12; Medienmitteilung SECO vom 9.1.12.
- 39) StatExtracts, Harmonized Unemployment Rates.
- 40) Medienmitteilung BFS, 26.2.13; Medienmitteilung SECO, 28.2.13.
- 41) ILO: Global employment report 2013; Medienmitteilung Eurostat, 1.2.13; NZZ, 22.1.13.
- 42) Medienmitteilung BFS vom 27.2.14; Medienmitteilung SECO vom 10.1.14; NZZ, 31.12.13
- 43) ILO: Global employment report 2014; Medienmitteilung Eurostat vom 31.1.14; NZZ, 21.1.14.
- 44) Medienmitteilung SECO vom 9.1.15.pdf; NZZ, 10.1.15
- 45) Global employment report 2015.pdf
- 46) ILO: World Employment and Social Outlook: Trends 2016.
- 47) Medienmitteilung SECO vom 8.1.16
- 48) Communiqué de presse SECO; Communiqué de presse SECO (2); NZZ, TA, 22.3.17; AZ, TA, 30.3.17
- 49) FF, 2015, pp. 2979; FF, 2016, pp.7885
- 50) Communiqué de presse EJPD/DFJP
- 51) Communiqué de presse; CdT, LT, Lib, NZZ, TA, 15.11.17
- 52) Communiqué de presse CAJ-CE du 14.11.2017; Communiqué de presse CAJ-CE du 16.01.2018; Communiqué de presse CAJ-CN du 18.05.2018; TG, 4.6.18; LT, 12.6.18; TG, 15.6.18
- 53) BO CE, 2019, pp.123 s.; BO CE, 2019, pp.139; BO CN, 2019, p.576; Communiqué de presse CAJ-CE du 20.02.2019; AZ, SGT, 21.2.19; LT, NZZ, 2.3.19; AZ, NZZ, SGT, 8.3.19; AZ, SGT, 11.3.19; AZ, LT, NZZ, 12.3.19; CdT, LT, NZZ, SGT, 13.3.19; AZ, 14.3.19; NZZ, 16.3.19; AZ, 17.3.19; NZZ, 27.3.19; AZ, SGT, 29.3.19

54) BO CN, 2019, p. 1065; BO CN, 2019, pp. 1051 s.; BO CN, 2019, pp.1031 s.: Communiqué de presse CAJ-CN du 05.04.2019; NZZ, TA, 6.4.19; LT, 16.4.19; NZZ, 22.5.19; BaZ, TA, 4.6.19; SGT, 5.6.19; LT, 6.6., 12.6.19; LT, TA, TG, 13.6.19; BaZ, LT, 14.6.19  
55) Communiqué de presse CF du 14.08.2019; BaZ, TA, 14.8.19; BaZ, LT, NZZ, SGT, TA, 15.8.19; WW, 22.8.19; TA, 24.8.19; TG, 3.9.19; AZ, 10.9.19; TA, 14.9.19; BaZ, TA, 21.9.19; SoZ, 22.9.19  
56) Communiqué de presse CAJ-CE du 14.08.2019; AZ, BaZ, LT, NZZ, TA, 15.8.19